

29.01.2004

Antrag

der Fraktion der FDP

Ökonomische Grundbildung kompetent vermitteln - Wirtschaft als Unterrichtsfach einführen

I. Ausgangslage

Ob Handy-Rechnung, Flat-Rate, Riester-Rente oder Aktienmarkt – auch das Leben der Jugendlichen wird zunehmend von ökonomischen Zusammenhängen und Prozessen bestimmt. Daher ist eine kompetente ökonomische Grundbildung eine wichtige Schlüsselqualifikation für eine selbstbestimmte und verantwortungsbewusste Lebensführung sowie ein zentraler Faktor für eine positive wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land.

Schon in der Schule muss daher ein Basiswissen über die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vermittelt werden, um auf diese Weise die Jugendlichen gezielt an ökonomische und unternehmerische Fragestellungen heranzuführen. Angesichts der Globalisierung, eines immer stärker zusammenwachsenden Europas und des technologischen oder strukturellen Wandels von der Industrie zur Informations- und Wissensgesellschaft müssen Unterrichtsinhalte und Qualifikationsprofile jungen Menschen ordnungs- und gesellschaftspolitische Orientierung geben.

Tatsächlich haben viele Jugendliche einen erschreckend lückenhaften Wissensstand über die Ökonomie des Alltags. Seit Jahren steigt die Verschuldung und Überschuldung von Jugendlichen. Daher besteht Handlungsbedarf: Erste Ansätze der Landesregierung, ökonomische Zusammenhänge zum Bestandteil der Lehrpläne unterschiedlicher Schulformen in NRW zu erklären, greifen alleine zu kurz. Die gegenwärtigen Bemühungen reichen bei weitem nicht aus und müssen durch zusätzliche Maßnahmen ergänzt werden. Dazu gehört auch die Einführung eines Unterrichtsfaches Wirtschaft.

II. Der Landtag möge beschließen:

Der nordrhein-westfälische Landtag erkennt die zunehmende Bedeutung einer soliden ökonomischen Grundbildung für Heranwachsende zur Vorbereitung auf den Erwerbsprozess und für Fragen der persönlichen Lebensführung. Schule und Unterricht müssen darauf optimal vorbereiten:

Datum des Originals: 29.01.2004/Ausgegeben: 02.02.2004

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

1. Ökonomische Inhalte und Zusammenhänge müssen als Querschnittsthema verstärkt Eingang in die Lehrpläne aller weiterführenden Schulen bereits in der Unterstufe erhalten. Lehrpläne und curriculare Vorgaben sind in diesem Bereich regelmäßig auf ihre Aktualität hin zu überprüfen und zu erneuern.
2. In der Mittelstufe wird spätestens mit Beginn der Jahrgangsstufe 9 das Fach Wirtschaft als ordentliches Unterrichtsfach im Bereich der Gesellschaftswissenschaften erteilt.
3. In der Oberstufe wird das Fach Wirtschaft als eigenständiges Kursangebot im Wahlpflichtbereich vorgesehen. Auch innerhalb des sozialwissenschaftlichen Unterrichtes in der Sekundarstufe II muss der Ökonomie eine Schlüsselrolle zukommen.
4. Die erfolgreiche Vermittlung selbst komplexer ökonomischer Zusammenhänge bedarf einer anschaulichen Darstellungsform, um das Interesse von Jugendlichen für eine qualifizierte Auseinandersetzung mit dieser Materie zu wecken. Das Land empfiehlt weiterführenden Schulen daher, jedem Schüler während seines Mittelstufenbesuches im Rahmen von ohnehin stattfindenden Unterrichtsprojekten oder Projekttagen den Besuch einer Kompaktschulung zu Geld und Kredit zu ermöglichen. In diese Unterrichtsprojekte sind nach Möglichkeit auch schulexterne Experten und Praktiker aus der Wirtschaft miteinzubeziehen.
5. Um ökonomische Grundbildung als Teil der Allgemeinbildung an unseren Schulen zu stärken, sind neue Unterrichtsmethoden und moderne Lernmittel optimal zum Einsatz zu bringen. Kernziel dieses Unterrichtsfeldes ist es, die wirtschaftliche Urteils- und Entscheidungsfähigkeit der Heranwachsenden zu stärken und ihnen Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit ökonomischen Sachverhalten für sich und gegenüber anderen zu vermitteln.
6. Es muss sichergestellt werden, dass im Unterricht ein positives Unternehmerbild vermittelt und die Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe für Ausbildung, Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum verdeutlicht wird.
7. Bereits in der Lehrerausbildung und Fortbildung für Gesellschaftswissenschaften ist die wachsende Bedeutung der Vermittlung wirtschaftlicher Kenntnisse an Schulen zu berücksichtigen. Entsprechende fundierte Fachkenntnisse in diesem Feld sind für unsere Pädagogen ebenso unverzichtbar wie didaktische und methodische Befähigung.

III. Begründung:

Eine solide ökonomische Grundbildung aller Schüler ist sowohl von ordnungspolitischer Relevanz als auch von großer alltagspraktischer Bedeutung. Sie gewinnt vor dem Hintergrund zunehmender Komplexität wirtschaftlicher Zusammenhänge, wachsender Internationalisierung sowie dem Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft kontinuierlich an Bedeutung.

Aktuelle Studien verweisen allerdings auf erhebliche Defizite im Bereich der ökonomischen Grundbildung. Im internationalen Vergleich wissen deutsche Schüler über Wirtschaft weniger als ihre Altersgenossen in anderen Industrieländern. Das Institut der Deutschen Wirtschaft führt diese Defizite unter anderem darauf zurück, dass Wirtschaft nur als eines unter vielen Themen gelehrt wird. Letzteres stellt in Zeiten, in denen die identitätsstiftende Funktion des Konsums zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, ein Risiko für Heranwachsende dar. Konsum dient heutzutage immer häufiger als Ausdrucksmittel für individuelle Vorstellungen,

Lebenshaltungen, Gruppenzugehörigkeit und soziale Position. Dadurch ergeben sich Anforderungen an die Jugendlichen, zu deren Bewältigung sie Hilfen durch ökonomische Bildung bedürfen (beispielsweise für den Umgang mit Geld und Kredit und zur Entwicklung eines verantwortungsbewussten Konsumstils).

Die bisher fehlende systematische Repräsentanz ökonomischer Bildung bei allen Schulformen wird begleitet von einer diesbezüglich unzureichenden wissenschaftlichen Lehrerbildung. Daher besteht Handlungsbedarf, zügig eine fundierte fachwissenschaftliche Ausbildung in Ökonomie anzubieten.

Obwohl mit der „Rahmenvorgabe für die politische Bildung“ die ersten Schritte bereits unternommen sind, ist eine kontinuierliche Weiterentwicklung aller Anstrengungen zur Stärkung der ökonomischen Grundbildung als Teil jugendlicher Allgemeinbildung erforderlich. So ist es im Rahmen einer koordinierten Gesamtstrategie erforderlich, Lehrpläne, Schulorganisation und Unterrichtsentwicklung, Personalrekrutierung und Lehrerbildung so auszurichten, dass die ökonomische Bildung in den allgemeinbildenden Schulen den Anforderungen der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts entspricht.

Durch Realisierung von erlebbaren Unterrichtsprojekten in den mittleren Jahrgängen aller Schulformen kann aktiv der Überschuldung von Jugendlichen entgegengewirkt werden. Als Unterrichtsangebot sollen Jugendliche über Geldanlagestrategien und die Funktionsweise von Fonds, Aktien, Anleihen, Sparverträgen, Altersvorsorge und den Umgang mit Krediten aufgeklärt werden.

Der Landtag NRW ist sich der zentralen Bedeutung des Wirtschafts- und Beschäftigungssystems für jeden einzelnen und für die Gesellschaft bewusst. Schüler müssen sich im Unterricht verstärkt mit ökonomischen Zusammenhängen auseinandersetzen, um im alltäglichen Leben sachgerecht, verantwortungsbewusst, selbstbestimmt und sozial verantwortungsbewusst handeln zu können.

Karl Peter Brendel
Dietmar Brockes
Brigitta Capune-Kitka
Dr. Ute Dreckmann
Holger Ellerbrock
Horst Engel
Angela Freimuth
Dr. Stefan M. Grüll
Dr. Jens Jordan
Christian Lindner
Dr. Robert Orth
Dr. Gerhard Papke
Dr. Jana Pavlik
Ingrid Pieper-von Heiden
Christof Rasche
Dr. Stefan Romberg
Joachim Schultz-Tornau
Dr. Daniel Sodenkamp
Jan Söffing
Marianne Thomann-Stahl
Prof. Dr. Friedrich Wilke
Ralf Witzel
Dr. Ingo Wolf